

Lagebild

Sicherheit, Sanktionen, Energie und Rohstoffe, Welthandel

13. Mai 2022

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Friedens- und Sicherheitsordnung Europas de facto außer Kraft gesetzt. Eine weitere Verschärfung des militärischen Konflikts muss konsequenterweise auch verschärfte wirtschaftliche Sanktionen nach sich ziehen. Deshalb unterstützt die Industrie den Kurs der Bundesregierung und der Europäischen Union, zielgenauen und dauerhaften Druck auf Russland auszuüben. Sanktionen müssen deshalb stets den Aggressor stärker bestrafen als die Europäer selbst. Die Industrie ist bereit, weitere Maßnahmen unter dieser Prämisse mitzutragen, auch wenn dies Einbußen nach sich zieht.

Sicherheit

- Die Frontlinie verharrt rund um Charkiw und den Donbass sowie an der Küste zum Schwarzen Meer bis vor Odessa. Es zeichnet sich ein „dynamischer Stellungskrieg“ ab. Präsident Putin hat keine weitere Eskalation bei den „Siegesfeiern“ des 9. Mai verlautbart. Die Drohungen mit dem Atomwaffenpotential Russlands bleiben ambivalent – wohl bewusst, um eine effektive Abschreckung zu gewährleisten. Eine diplomatische Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht.
- Das strategische Umfeld wird absehbar dadurch verändert, dass Finnland sich für eine NATO-Mitgliedschaft entschieden hat, Schweden hat noch keine abschließende Entscheidung getroffen.
- Die westlichen Waffenlieferungen leisten einen effektiven Beitrag zur Verteidigung der Ukraine. Der BDI unterstützt die Bundesregierung deshalb in ihren Bemühungen, der Ukraine mit Waffenlieferungen beizustehen. Nach der Entscheidung der Bundesregierung, Gepard Flugabwehrpanzer zu liefern, ist es konsequent, den Export von Marder Schützenpanzern und Leopard Kampfpanzern zu genehmigen.
- Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie kann ihren Beitrag hierfür leisten – wichtig dabei ist, dass die Bundesregierung und Bundesbehörden den Modus des *business as usual* bei den Vergabe- und Beschaffungsprozessen rasch überwindet.

Sanktionen

- Die internationale Staatengemeinschaft unter Federführung der USA und der EU setzt die enge Koordination der Sanktionspakete fort. Das fünfte Sanktionspaket der EU nach den Kriegsverbrechen russischer Truppen in Butscha sieht ein u.a. Importverbot für Kohle ab August 2022 vor.
- Der BDI unterstützt den Sanktionskurs der Bundesregierung, dass die Maßnahmen Russland als Aggressor stärker betreffen müssen als uns selbst und lange durchhaltbar sind. Die Ausweitung

des Einfuhrverbots auf Steinkohle entspricht der Prämisse der Durchhaltefähigkeit, denn die Lieferungen lassen sich aus anderen Ländern ersetzen, während Russland einen wichtigen Absatzmarkt verliert (50,4 Mio. t nach Europa in 2020 von insgesamt 210,6 Mio. t Steinkohleexport).

- Die EU-Kommission bereitet u.a. ein Ölembargo mit Übergangsfristen bis zu sechs Monaten sowie den Ausschluss der Sberbank aus SWIFT vor. Der BDI hält es für folgerichtig, sich so rasch wie möglich aus der Importabhängigkeit von russischem Rohöl zu befreien. Eine Substitution der Liefermengen ist zum Ende des Jahres möglich.

Energie und Rohstoffe

- Die Versorgungssicherheit Deutschlands ist die Achillesferse für die Durchhaltefähigkeit der Sanktionspolitik. Eine Befreiung aus der Abhängigkeit von Russland muss in Schritten erfolgen. Im Gegensatz zum Einfuhrverbot für Steinkohle würde ein Gasembargo unabsehbare Folgen für industrielle Wertschöpfung, Arbeitsplätze und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben, welche die Durchhaltefähigkeit der Sanktionspolitik massiv beeinträchtigen könnte.
- Russland hat in einem neuen Sanktionserlass 31 Unternehmen – darunter auch Gazprom Germania – auf dem europäischen Gasmarkt aus dem Geschäftsverkehr ausgeschlossen. Das betrifft eine Gasliefermenge von zehn Millionen Kubikmeter pro Tag (3 Prozent des deutschen Jahresverbrauchs). Derzeit sind die Gasflüsse nach Deutschland stabil. Der BDI bereitet sich auf das Szenario eines Stopps der Gaslieferungen durch Russland vor.
- Am 9. Mai 2022 fand die Anhörung im Bundestag zur Novellierung des Energiesicherheitsgesetzes statt, das insbesondere ein einseitiges Preisanpassungsrecht der Energieversorger vorsieht. Der BDI setzt sich dafür ein, die Interessen der industriellen Abnehmer zu wahren.
- Die Industrieproduktion ist von wichtigen kritischen Rohstoffen aus Russland und der Ukraine abhängig. Insbesondere bei kritischen Metallen wird kein Komplettausfall der Versorgung, aber ein Teilausfall erwartet. Neben der Verschärfung von Engpässen sind empfindliche Preissteigerungen zu beobachten, vor allem dort, wo Russland einen hohen Marktanteil an der globalen Rohstoffproduktion hält bzw. große Produzenten hat aber auch bei gas- oder ölbasierten Produkten. Kurzfristig sind Lieferausfälle ohne ausreichende Lagerhaltung schwer zu kompensieren, die Abhängigkeit von China könnte steigen.
- Insbesondere müssen alternative Bezugsquellen für Gase und Metalle, die von hoher Relevanz für die Halbleiterindustrie sind, auch in der EU identifiziert und erschlossen werden. Die europäische Halbleiterwertschöpfungskette sollte als Kernbestandteil der europäischen Industriepolitik gestärkt werden. Ferner muss die EU stärker auf die heimische Rohstoffgewinnung setzen, den Zugang zu Rohstoffen aus dem Ausland sichern und die Kreislaufwirtschaft ausbauen.

Welthandel

- Das Wachstum der Weltwirtschaft wird mindestens um einen Prozentpunkt gebremst und wird über die nächsten zwei Jahre bei rund drei Prozent liegen. Die OECD rechnet für den Euroraum mit Wachstumseinbußen von 1,5 Prozent – in einem moderaten Szenario dürfte der Euroraum um ca. zwei Prozent wachsen. Der BDI wird seine Wachstumsprognose von 3,5 Prozent für Deutschland anpassen müssen. Die Bundesregierung rechnet mit einem Wachstum von 2,2 Prozent in diesem Jahr.
- Die Bundesregierung muss vorausschauend Risiken minimieren und auf einen vollständigen Importstopp von Energieträgern vorbereitet sein. Dazu zählt vor allem die Aktivierung von Braun- und Kohlekraftwerken in Reserve.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Redaktion

Jürgen Hasler
Abteilungsleiter Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1629
j.hasler@bdi.eu

Julian Ostendorf
Referent Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1453
j.ostendorf@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D1525